

Presseinformation

Nr. 1/2024

Rotenburg, 8. Februar 2024

„In der Hessischen Finanzverwaltung ist kein Platz für Rassismus!“

Studienzentrum Rotenburg informiert über Verdacht eines rassistischen Vorfalles

„In der Hessischen Finanzverwaltung ist kein Platz für Rassismus! Sollten sich Verdachtsmomente gegen einzelne Bedienstete erhärten, wird die Verwaltung darauf umgehend und konsequent mit dienstrechtlichen Maßnahmen reagieren. Wer sich nachweislich rassistisch verhält, sollte keinen Platz in unserer Verwaltung haben. Wir werden daher alle uns zur Verfügung stehenden dienstrechtlichen Möglichkeiten nutzen, falls sich die Verdachtsmomente erhärten sollten“, sagte Hessens Finanzminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz heute. Er reagierte damit auf den Verdacht eines rassistischen Vorfalles am Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz in Rotenburg an der Fulda.

„Die Hessische Finanzverwaltung versteht die Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus seit jeher als eine dauerhafte Aufgabe. Es ist das gemeinsame Ziel, eine Kultur des Miteinanders zu etablieren, die auf dem Grundgesetz aufbaut und sich zu unseren freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Werten bekennt. Viele junge Menschen beginnen jährlich ihre Ausbildung oder ihr Studium in der Hessischen Finanzverwaltung. Bereits daraus erwächst eine große Verantwortung, die demokratiefeste Verwaltung immer wieder zukunftsfest zu verankern“, bekräftigte Lorz.

Am 29. Januar 2024 erhielt die Leitung des Studienzentrums über Studierende Kenntnis vom Verdacht ausländischer Äußerungen bei einer Party im Studienzentrum wenige Tage zuvor. Dabei sollen zu einem bekannten Popsong rassistische Texte gesungen worden sein. Das Studienzentrum hat daraufhin unverzüglich die zuständigen Polizeibehörden über den im Raum stehenden Verdacht informiert. Die Polizeibehörden haben inzwischen federführend die weiteren Ermittlungen aufgenommen. Die Leitung des Studienzentrums hat zudem weitere Gespräche geführt, um zur Aufklärung beizutragen. Zusätzlich zu den Polizeibehörden ist auch die DEXT-Fachstelle im Landkreis Hersfeld-

Rotenburg kontaktiert. Die Fachstelle ist auf lokaler und regionaler Ebene Ansprechpartner zu Demokratieförderung und allen Phänomenbereichen des Extremismus.

Die Party wurde von den Teilnehmenden des aktuellen Prüfungsjahrgangs organisiert. An dieser Feier konnten alle Studierenden und Auszubildenden aus allen Fach- und Lehrbereichen teilnehmen. Gäste von außerhalb der Bildungseinrichtung waren nicht zugelassen. Es handelte sich um einen Teilnehmerkreis von etwa 100 Personen.

„Zum jetzigen Zeitpunkt kann wegen der anhaltenden Ermittlungen seitens des Studienzentrums keine Aussage getroffen werden, ob und inwiefern sich die im Raum stehenden Vorwürfe gegenüber Einzelnen erhärten werden. Nach ersten Erkenntnissen kann aber ausgeschlossen werden, dass es sich um ein kollektives Geschehen gehandelt hat“, sagte Karl Jennemann, der Direktor des Studienzentrums.

Im Hinblick auf das laufende Ermittlungsverfahren können keine weiteren Angaben gemacht werden. Es wird insoweit auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen verwiesen.

„Den Studierenden, die das Ziel der im Raum stehenden ausländerfeindlichen Äußerungen sein sollen, gilt die uneingeschränkte Solidarität der Finanzverwaltung“, sagte Finanzminister Lorz.

Unabhängig davon, ob sich der im Raum stehende Verdacht erhärten sollte oder nicht, sollen sichtbare Zeichen der Solidarität gesetzt werden. Die dahingehenden Vorbereitungen sind bereits in vollem Gange.

„Auch wenn ich erst seit kurzem im Amt bin, weiß ich doch, dass die Hessische Finanzverwaltung seit Jahren vorbildlich engagiert ist, die demokratischen und pluralistische Werte in der Verwaltung zu vermitteln. Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Beschäftigten dafür einstehen. Jeder Einzelfall aber, in dem gegen diese Werte verstoßen wird, wäre schlimm, einer zu viel und erfordert unsere konsequente Ächtung“, sagte Finanzminister Lorz.

Mit der Einführung eines Diversity Managements in der Finanzverwaltung ist bereits seit 2018 ein entscheidender Meilenstein geschafft worden. Das sichtbare und hörbare Diversity Management ist ein klares und unmissverständliches Signal für Vielfalt und gegen alle Formen von Diskriminierung. Das Verständnis von Vielfalt bezieht sich dabei auf die Unterschiede zwischen, aber bewusst auch der Gemeinsamkeiten von Menschen hinsichtlich ihrer Lebensstile, Arbeitsformen und Identitätsmerkmale bzw. Diversity-Dimensionen. Ein wichtiges Ziel des Diversity-Managements ist die Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe aller Beschäftigten. Hierzu gehören konkrete Maßnahmen zur Sicherung von Vielfalt und Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In den vergangenen Jahren sind in

den Dienststellen eigeninitiativ vielfältige Maßnahmen umgesetzt worden – immer mit dem Ziel, lebensnah für Vielfalt zu begeistern.

Das Finanzministerium arbeitet seit vielen Jahren mit der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main und dem Studienzentrum intensiv am Thema Diversity. Aufgrund einer seit 2020 bestehenden Kooperation mit der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt nehmen Studierende regelmäßig an Workshops zum Thema Migration, Ausländerfeindlichkeit und wertschätzendes Miteinander teil. Hinzu kommen jährliche Veranstaltungen mit dem Titel „Homologie“ durch den Frankfurter Kabarettisten und Theaterpädagogen Malte Anders, um für das Thema sexuelle Orientierung zu sensibilisieren. Weitere Kooperationen wie zum Beispiel mit dem Programm „Meet a Jew“ sowie der Adam-von-Trott-Stiftung befinden sich im Aufbau. Im Herbst dieses Jahres werden zwei große Veranstaltungen zum Thema "Die Rolle der Finanzverwaltung bei der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden im nationalsozialistischen Deutschland" stattfinden.

In allen Studien- und Ausbildungsgängen werden darüber hinaus im Studienfach Öffentliches Recht die Themen Demokratie, Rechtsstaat, Grundrechte sowie das Beamtenrecht behandelt.

Ein umfangreiches Themenpapier „Demokratiefeste Verwaltung – Maßnahmen in der Hessischen Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Extremismus und Antisemitismus“ soll in Kürze veröffentlicht werden. Es beschreibt wiederum auf der Grundlage des klaren Bekenntnisses der Hessischen Finanzverwaltung zu einer pluralistischen Gesellschaft, die vielfältigen (präventiven) Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus und gibt einen detaillierten Ausblick, wie diese Maßnahmen gemeinsam adressatengerecht weiterentwickelt werden sollen. Hierzu gehören beispielsweise Seminarangebote unter anderem hinsichtlich einer nochmaligen Sensibilisierung zum Umgang mit menschenfeindlichen Äußerungen im Team, Diskriminierung am Arbeitsplatz und Umgang mit religiöser Vielfalt.